



Das Reichsbanner

Nr. 2

Februar 1972

16. Jahrgang

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

Verfassungsnorm bricht Verfassungswirklichkeit!

Der Artikel „Droht ein Putsch der **Neuen Reaktion?**“ hat hier und da Mißverständnisse ausgelöst, auch böartige Entstellungen, die in einer späteren Ausgabe des „Reichsbanners“ richtiggestellt werden. Heute nur die Berichtigung eines Druckfehlers. Es war zu lesen: „Verfassungsreform bricht Verfassungswirklichkeit!“ - Das macht in unserem Zusammenhang keinen Sinn. Mit Verfassungsreform beschäftigen sich Freunde und Feinde der Demokratie. Wir wollten nur sagen: „Verfassungsnorm bricht Verfassungswirklichkeit!“

Was soll das heißen? Bisher war es böse deutsche Tradition, die Normen des Gemeinschaftslebens der überkommenen Wirklichkeit, den undemokratischen, illiberalen, asozialen, reaktionären Verhältnissen anzupassen. Nicht nur deutsche Politiker stellten sich, auch die öffentlich beschworenen Grundsätze demokratischer Verfassungen wurden hierzulande stets „auf den Boden der Tatsachen“ gestellt. Staatsrechtler schufen das berüchtigte Wort von der „normativen Kraft des Faktischen“. Kein Wunder, daß Deutschland aus eigener Kraft nie den Fort-Schritt zur demokratischen Republik schaffte. Dafür fiel es jedesmal, wenn der zivilisatorische Druck von außen nachließ, in die alten verrotteten Zustände zurück. Die großen Reformen kamen in Deutschland immer von außen: Von Napoleon, der die deutschen Territorien vereinheitlichte und ein modernes Gesetzbuch einführte (und einem Freiherrn von Stein erst die Schaffensfreiheit schuf) über die Sieger des Ersten Weltkrieges (unsere Niederlage wurde zur Voraussetzung der Ausrufung der Republik) bis zu denen des Zweiten Weltkrieges. In diesen Augenblicken äußerer Schwäche und der geschwächten inneren Oberklasse dürfen die deutschen Demokraten, Liberalen und Sozialisten kurzfristig ebenfalls reformieren. Meist geht das leider nicht tiefer, als gedruckte Buchstaben von Verfassungen hoch sind: Bruchteile von Millimetern. Stets versäumen wir, die verfassungsmäßigen Fortschritte durch gesellschaftspolitische Revolutionen unwiderruflich zu machen.

Mit dieser beschämenden deutschen Tradition, die unser Land moralisch wie geografisch immer kleiner gemacht hat, wollen wir radikal Schluß machen. Die Normen des Grundgesetzes müssen die Wirklichkeit des renazifizierten Staatsapparates beiseite schieben. Dieser Staatsapparat muß von jenem Staat, der wir Demokraten sind, abgesprengt werden. Oder wollen wir dem stetigen Restaurationsprozeß wieder und weiter nachgeben? Keiner darf glauben, daß dieses Land in der Mitte jemals in den „Schneewittchen-und-die-sieben-Zwerge“-Zustand zurückkehren könnte, in dem es unsere politischen Romantiker, die Politiker und Wähler der Rechtsparteien, gern hätten. Deutschland kann noch nicht einmal zehn Jahre zu lang auf dem Niveau verharren, auf das es durch vereinigte alliierte Anstrengungen alle zwanzig Jahre hinaufgeprügelt werden mußte. Deutschland darf und kann nicht der ewig reaktionäre Pfropf bleiben, der den west-östlichen Austausch moderner politischer Verhaltensweisen unterbricht. Sonst gibt es neues Unglück - erst für die Fortschrittlichen, dann für alle in unserem Land. Sonst kassieren wieder einmal die Modernisierer von Außen ihr Honorar, was unsere schwachsinnigen konservativen Politiker wiederum zum Selbstmitleid und zum Klagen über Versailles und „Superversailles“ veranlassen wird.

Einmal müssen wir Deutschen uns selbst aufrufen und das Notwendige tun. Sehen wir der Gefahr ins Auge. Messen wir aber auch nicht die Gefahren von heute mit den Maßstäben von gestern. Eine Massenpartei wie die NSDAP mit einer noch so blöden Philosophie wird nicht mehr kommen. So einfach wird es den Verteidi-

gern der Demokratie niemand machen. Der Hitler von morgen könnte das Bayrisch des Inntals sprechen, aber er wird kein Antichrist, kein Antisemit, kein Uniformträger, kein Weiberfeind, kein Völkischer, kein Schwarz-weiß-roter sein. Er könnte einen Dialekt sprechen, der in nichts an den Braunauer erinnert. Der Hitler von morgen wird „schwarz-rot-gold“ drapiert sein, ein „Demokrat“ und „Republikaner“, ein „guter Christ“, ein „unideologischer Konservativer“. Und sollte er anfangs uniformiert sein, dann bestimmt nicht in einer braunen Privat-Uniform.

Die Lage der Bundesrepublik ist nicht mit der der Weimarer Republik zu vergleichen, in der die demokratischen Parteien in der Mitte zusammengedrückt wurden von großen rechts- und linksextremen Parteien. Unsere Situation ist eher die der Ersten Republik Österreich, in der die Sozialisten allein standen gegen die Meute sogen. Christlich-Sozialer-chauvinistischer Großdeutscher, Mussolini-faschistischer Heimwehler, Hitler-faschistischer Nazis und die österreichische reaktionäre Armee. **Zum Glück gibt es bei uns noch echte Liberale und soziale wie demokratische Christen. Mit ihnen zusammen sollten wir den Abwehrkampf führen: gegen die Neue Reaktion und für die Realisierung der Normen unseres Grundgesetzes!**

Erich Knapp

Antrag der Bundesregierung im Fall Frey

Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) berät über die Zulässigkeit des Antrages der Bundesregierung, dem Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen Nationalzeitung“, Frey, das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, insbesondere der Pressefreiheit, abzuerkennen. Wie ein BVG-Sprecher mitteilte, werden die senatsinternen Beratungen „noch längere Zeit in Anspruch nehmen“. Nach dem 1969 gestellten Antrag der Bundesregierung sollen Frey für die Dauer der Verwirkung des Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit das Wahlrecht, die Wählbarkeit und die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkannt werden. Ferner soll der Münchener Verlag, in dem die „Deutsche Nationalzeitung“ erscheint, dem Antrag zufolge aufgelöst werden.

(dpa)

Kein Pardon für die Feinde der Demokratie!

von August Kerger

Als wir Jahre nach dem Kriege im Römer zu Frankfurt zu unserer ersten Bundeskonferenz nach 1933 zusammenkamen, hielt unser Kamerad Heinz-Winfried Sabais, heute Oberbürgermeister in Darmstadt, ein eindrucksvolles Grundsatzreferat unter dem Leitgedanken: "Die Republik braucht aktive Demokraten", das heute noch so etwas wie ein Charta unseres Bundes in dieser Zeit darstellt. An einer Stelle des Referats hat er sehr deutlich gesagt, wen wir in unseren Reihen willkommen heißen sollen:

„Unser Spielraum reicht von den freiheitlichen Marxisten, die Gewalt und Diktatur abgeschworen haben, über die demokratischen Sozialisten, die Liberalen, die christlichen Demokraten bis zu den demokratischen Konservativen, die nicht von der nationalistischen Krätze befallen sind. Unerwünscht sind bei uns reaktionäre Leninisten-Stalinisten, Faschisten, Rassisten, Mitglieder der NPD und anderer nationalistischer Vereinigungen sowie Fanatiker und Gesinnungslumpen jeder Sorte“.

Diese Feststellungen gelten nach wie vor, sie sind in Übereinstimmung mit § 2 unserer Satzung, der über den „Zweck des Bundes“ aussagt. Diese Übereinstimmung besteht nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Dabei ist es nicht unsere Schuld, wenn die politische Kräfteverteilung (der Demokraten) in unserem Bunde fast ebenso ist wie in der Zeit der Weimarer Republik, ganz abgesehen davon, daß wir weder eine Massenorganisation noch eine große Organisation wie vor 1933 sind. Aber auch das ist nicht unsere Schuld.

Wir setzen diese Ausführungen voraus, um auf den eigentlichen Kern unserer Darlegungen zu kommen. Schon in der Januarnummer unseres Blattes haben wir darauf hingewiesen, daß die Ausführungen unseres Kameraden Erich Knapp „Droht ein Putsch der Neuen Reaktion?“ in der Dezember-Ausgabe 1971 nicht ohne Echo geblieben sind, zustimmend überwiegend, ablehnend, abwägend, aber auch belferd mit dem Wutgeheul der Betroffenen. Die Betroffenen, wir meinen nicht die naiv Unwissenden, sondern jene „Konservativen“, die von der nationalistischen Krätze befallen sind, treffender gesagt die NEUE REAKTION, haben inzwischen eine systematische Kampagne gegen uns entfacht, wobei die Person des Kameraden Knapp im Mittelpunkt der Angriffe steht. Es wimmelt nur so von Beschimpfungen und Verdächtigungen in der „Nationalzeitung“, im „Deutschland-Magazin“, und u. a. ist auch noch der „Rheinische Merkur“ hinzugekommen, was wir deshalb

bedauern, weil der kluge und politisch und menschlich so integre Paul Wenger doch vor noch nicht allzu langer Zeit die „Deutschland-Stiftung“, als sie für einen gewissen Oberländer einstand, nicht besser hätte abqualifizieren können, wie wir es getan hätten und tun.

Zu Ehren von Paul Wenger, dem Antinazi, wollen wir aber auch feststellen, daß der fragliche Artikel in seinem Blatte nicht von ihm stammte, sondern von einem Mann, der wissen muß, wer wir sind und in Sonderheit auch wer ich bin, der ich seit Jahren mit Leidenschaft der Sache der Freiheit und der Demokratie diene.

Wie gesagt, es wird lustig und infam darauf los denunziert. Das ist also unser Kamerad Knapp, Bediensteter des Bundes-Presse- und Informationsamtes. Wie lange noch, fragen „besorgte“ Patrioten und „Retter der Freiheit“. Und das „Deutschland-Magazin“ schließlich stellt süffisant fest, daß ich als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes sogar der Leiter des kommunalpolitischen Referats beim Vorstand der SPD bin. Soweit ist also die Unterwanderung schon geschehen und nun ist es doch wohl an der Zeit, diesen Burschen und Mitläufern einmal gehörig auf die Finger zu klopfen, sie zur Raison zu bringen, oder was noch besser wäre, zum Schweigen.

Nun möchten wir den Herrschaften ganz deutlich sagen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt machen. Solange wir die Möglichkeit haben, werden wir und unsere Kameraden unser demokratisches Wächteramt wahrnehmen. Wir werden angreifen, anrängern, unangenehme Dinge sagen und die Feinde der Demokratie, die Rechts- und Linksextremisten und die NEUE REAKTION, stellen, wo immer sie zu finden sind. Aber wir wollen, junge und ältere Kameraden, uns auch mit Leidenschaft dafür einsetzen, daß es mehr Demokratie in allen Lebensbereichen geben wird und Frieden und Freiheit für unser Volk und die Menschheit gesichert sind. Wir haben das große Glück und die Ehre in unserem geteilten Vaterlande, zum ersten Mal einen Bundeskanzler und einen Bundespräsidenten zu besitzen, die aus dem Widerstand gegen den Nazismus kommen. Wir tun in den demokratischen Parteien unsere Pflicht; die Arbeit dort hat sogar Vorrang.

Aber wir dürfen auch nicht müde werden unsere Arbeit weiterzuführen und ein republikanischer Schutzbund zu sein im Sinne bester Reichsbannertradition.

Neues aus „Rußland und Wir“

Im November mußten wir uns bereits mit der Gehlen-freundlichen Zeitschrift „Rußland und Wir“ beschäftigen. Das Heft Nr. III des Jahrgangs X (XII) gibt uns erneut Anlaß, diese Publikation der Aufmerksamkeit der Verantwortlichen zu empfehlen.

Im Vorwort schreibt S. Keiling: „Dem Märchen von den zwei Kaisern wünschen wir das Echo, das es verdient, wenn es auch besser in der Spalte Politik untergebracht wäre“. Beiden Feststellungen stimmen wir zu, nachdem wir die Seite zwölf des Rußland-Heftes aufgeschlagen haben.

Hier schreibt der uns bekannte Justus B. Bühlow schlecht verschlüsselt über die Kaiser Rußlands und Deutschlands, die niemand anders sind als der Volkssouverän, also das russische und das deutsche Volk. Beide Völker hätten „böse, hinterhältige Minister“, die „den einen bei dem anderen verleumden“. Die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik mit ihren Wahlen wird von Bühlow so dargestellt: „Kaiser Fritz wollte seine Minister loswerden und wählte sich mehrfach neue. Aber die bisherigen Minister veränderten ihr Aussehen, färbten sich ihre Haare und Bärte mal schwarz, mal rot . . . kurzum - Kaiser Fritz stellte fest, daß

er nach jedem Wahlgang im Grunde immer wieder von denselben . . . ministeriellen Gesichtern umgeben war.“ — Nun kommt der „zweite Teil des Märchens, das schon deshalb kein Märchen ist, weil dieser sogar noch in der Zukunft liegt“: „Eines Tages beschloß Kaiser Fritz, diesem Spuk ein Ende zu bereiten.“ Er floh nach Rußland, traf sich mit Iwan und sie beschlossen: „Die Minister - sie müssen fort, fort, nachhaltig fort . . . Die jubelnden Soldaten ergriffen die Minister und enthaupteten sie . . . Bald kam die Nachricht, daß sich die Könige Stanislaus (Polen), Istvan (Ungarn) und Jan (CSSR) ihrer Minister ebenfalls entledigt hätten. Die Minister des Kaisers Fritz waren verschwunden . . . Sie tauchten nirgendwo in der Welt wieder auf, was bei dieser Gattung äußerst ungewöhnlich ist. Darum glaubt man allgemein, daß sie nicht mehr lebten.“ Das also ist Herrn Bühlows Ansicht: unsere Demokratie ist eine Verkleidungsposse der Adenauer, Ehrhard, Kiesinger und Brandt; man sollte sie so wegjagen, daß sie vom Erdboden verschwinden. Er meint, „die ungetreuen Minister bedürfen wohl keiner Erläuterungen mehr.“ Nein, wir haben verstanden, daß Bühlow mit Keilings Segenswünschen zur antidemokratischen Revolte auffordert.

E. Knapp

Rechtsradikale wollen Abertausende mobilisieren

„Rechtsextremisten aller Schattierungen trommeln gegenwärtig mit einer noch nie dagewesenen Intensivität zum „Marsch auf Bonn“, um die „verfassungsfeindlichen, verbrecherischen Ostverträge mit allen legalen Mitteln“ zu Fall zu bringen, „damit unser Volk leben kann“. In einem Brief an „politisch denkende und freiheitliche Bürger“ fordert der Vorsitzende der „Deutschen Volksunion (DVU)“, Dr. Gerhard Frey, Herausgeber und Chefredakteur der „Deutschen National-Zeitung“, zum Beitritt in die „Deutsche Volksunion“ auf, die sich als eine „überparteiliche Sammlung der verfassungstreuen Mitte und Rechten“ verstanden wissen möchte. Nach Freys Angaben habe die DVU heute bereits 6.000 „Patrioten“ als Mitglieder und „viele zehntausende Sympathisanten“.

Weiter heißt es in dem Schreiben, die „Deutsche Volksunion“ habe zur zweiten Lesung der Ostverträge zum „Marsch auf Bonn“ aufgerufen und werde Hand in Hand mit anderen „freiheitlichen Verbänden“ in einer „machtvollen Demonstration Abertausende in der Bundeshauptstadt vereinen“.

Zu diesen „freiheitlichen Verbänden“, die Anfang Mai während der parlamentarischen Behandlung der Ostverträge beabsichtigen, in Bonn „notfalls mit Gewalt Fanale zu setzen“, gehören auch die „Aktion Widerstand“ und die „National-Sozialistische Partei der Arbeit“, an deren Spitze der Bochumer Friedhelm Busse steht, der keine Massen mobilisieren will, „sondern Kämpfer, die befähigt sind, im entscheidenden Moment Massen zu übernehmen“. Für Busse-Freunde stellt sich täglich die Frage: „Wieviele Menschen

hast du vom Glauben an diese komische Demokratie abgebracht?“ Was die Öffentlichkeit während des „Marsches auf Bonn“ erwartet, geht aus einem anderen Busse-Zitat hervor: „Wenn ich dem Brandt gegenüberstehe, dann kriegt er nicht nur eine Ohrfeige, sondern er wird mit der Tragbahre weggebracht“.

Rechtsaußen Frey vertritt die Absicht, daß man nicht länger zu sehen dürfe, „wie der Kommunismus von Sieg zu Sieg schreitet und es mit der Freiheit Westeuropas zu Ende geht“. Jetzt müsse gehandelt werden, denn jetzt komme es darauf an, „der Welt und den schwankenden Abgeordneten des Bundestages klarzumachen, daß das freiheitliche Gewissen unseres Volkes laut und deutlich pocht, und daß wir aufstehen gegen den Verrat an unserem Volk und gegen den Sowjetimperialismus“.

Ziel der „Deutschen Volksunion“ des Dr. Frey: „Ein gesundes vaterländisches Bewußtsein wieder beleben, das Bündnis mit den USA kräftigen und dem Kommunismus in allen seinen Erscheinungsformen bekämpfen“. Auf die CDU/CSU gemünzt äußerte Frey in München: „Aufgabe der Volksunion ist es, der CDU/CSU den Rücken zu steifen, oder ihr ein Rückgrat einzuziehen“. Schließlich gelte es in der Außenpolitik dazu beizutragen, „den Zweiten Weltkrieg auf lange Sicht politisch zu gewinnen. Nicht im Sinne der nationalsozialistischen Kriegsziele, sondern im Sinne des Rechtes und der Freiheit des deutschen Volkes“.

Gode Japs ppp/1. 2. 1972

So spricht die NEUE REAKTION!

München, 30. Januar (ap)

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Bundestagsabgeordnete Walter Becher, hat in **München** die Bundesregierung wegen ihrer Ostpolitik scharf angegriffen. Zu diesem Komplex seien die Sudetendeutschen nicht einmal um ihre Meinung gefragt worden, sagte Becher zum Abschluß einer zweitägigen Bundesversammlung der Organisation. Im übrigen schloß sich Becher der Meinung des bayrischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel an, der im Landtag erklärt hatte, die Ostverträge seien nicht dazu geeignet, den Frieden zu sichern und der deutschen Nation zu nützen. Zudem seien **die Sudetendeutschen der Auffassung, daß in den Abkommen nicht eine deutsche Ostpolitik, sondern die sowjetische Westpolitik kodifiziert worden sei.**

Dr. Dregger erklärte, die CDU sehe in dem Kompromiss der Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung zur Beschäftigung Links- und Rechtsradikaler im öffentlichen Dienst nur einen halben Erfolg. Sie bezweifele die Festigkeit mancher Landesregierungen gegenüber diesen verfassungsfeindlichen Gruppen. Die „**schleichende Revolution**“ versuche weite Bereiche des Bildungs- und Informationswesens unter ihre Kontrolle zu bringen, Staat, Justiz, Polizei und Bundeswehr zu verunsichern und in der Wirtschaftspolitik unverantwortlich die Geldwertungsstabilität zu zerrütten. Sozialdemokraten und Liberale sind nach Ansicht Dr.

Dreggers von den Neomarxisten in die Defensive gedrängt. Die Außenpolitik der Koalition habe die Bundesrepublik im Ringen um Freiheit, Einheit und Menschenrechte in Deutschland deutlich geschwächt. Statt menschlicher Erleichterungen habe es auf Seiten der DDR nur totale Abgrenzung und steigende Aggressivität gegeben. (dpa vom 29. 1. 1972)

Der **CDU-Landesvorsitzende** bekräftigte erneut die Ablehnung der Bonner Ostverträge durch seine Partei. „Auf keinen Fall“ habe die Bundesrepublik Anlaß, „**der militärischen Kapitulation Hitler-Deutschlands 27 Jahre danach die politische Kapitulation des demokratischen Deutschlands folgen zu lassen**“, sagte er.

(ddp 30. 1. 1972)

In ungewöhnlich scharfer Form griff der Bundestagsabgeordnete **Mende** die Deutschlandpolitik der Bundesregierung an und wandte sich zugleich gegen „Pressionen“, denen die Gegner der Bonner Ostverträge ausgesetzt seien. Die **Deutschland-Politik Bonns orientiere sich „nicht mehr an den Menschenrechten, sondern an Macht und nackter Gewalt“**. Mende forderte die **CDU auf, der nach seiner Ansicht drohenden Umwandlung der Bundesrepublik in eine „Volksrepublik Deutschland“ entgegenzuwirken.** (ddp 30. 1. 1972)

So schneiden sich Politiker die **demokratische Pappnase** selbst aus dem Gesicht!

Was ist sonderbar?

- Daß ein Staatsanwalt des Hitler-Staates 14 Jahre Verfassungsschutz-Chef in der Bundesrepublik sein kann;
- daß ein stellvertretender Kreisleiter der NPD (in Bayern) das Bundesverdienstkreuz erhält;
- daß ein Generalmajor und Befehlshaber eines Bundeswehrebereichskommandos einem (kürzlich verstorbenen) Generalfeldmarschall der „großdeutschen Luftwaffe“, der wegen Kriegsverbrechen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt war und später entlassen wurde, einen Knüppel, genannt „Marschallstab“ zurückgab, anstatt die Nazireliquie als „Muster ohne Wert“ per Post zu schicken;

- daß ein Bundeswehroffizier namens Strachwitz unbehelligt beim Truppendienstgericht davon kam, als er den Bundeskanzler unter die basserrmannschen Gestalten der „vaterlandlosen Gesellen“ einreichte;
- daß man noch nichts von einer strafrechtlichen Ahndung der Anhänger oder Mitglieder der Organisation „Widerstand“ Hengst, Krauss, Werner Wolf, die sich vor längerer Zeit entsprechend in Bonn betätigten, gehört hat.

A. M.

Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

Landesverband Bremen/Weser-Ems

Geschäftsstelle: Bremen, Plettenberger Weg 18, Tel. 44 07 33
Auf Beschluß des Landesvorstandes findet die diesjährige **Landeskongress** am 25. und 26. März in Bremen statt und zwar am Sonnabend, dem 25. 3. von 15 bis 18 Uhr und am Sonntag, dem 26. 3. 1972 von 10 bis 12 Uhr. Der Landesvorstand wird neu gewählt. Satzungsändernde und sonstige Anträge aus den Ortsbereichen und von Einzelmitgliederschaften sind bis zum 11. 3. dem Landesvorstand schriftlich zuzuleiten. Auf der Landeskongress können ebenfalls noch Anträge gestellt werden. Genaue Tagesordnung und weitere Informationen im Informationsblatt des Landesverbandes.

Landesverband Hessen

Geschäftsstelle: 6 Frankfurt a. M., Reineckstr. 7, Tel. (0611) 29 41 61
Ortsverein Frankfurt: Samstag, den 11. März 1972, 15.30 Uhr, im Saale der „Stalburg“, Glauburgstraße 80. **Jahreshauptversammlung.** Besondere schriftliche Einladung folgt. Wir bitten alle Frankfurter Kameraden, an dieser wichtigen Versammlung bestimmt teilzunehmen.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle: 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17, Tel. (02221) 23 63 02
Ortsvereine, Stützpunkte, Einzelmitglieder müssen, soweit das noch nicht geschehen ist, die rückständigen Beiträge über den Landeskassierer Adolf Prangenberg, 53 Bonn-1, Flensburger Straße 68, abrechnen. Beiträge sind zu überweisen auf das Girokonto 76422 bei der Stadt Sparkasse zu Bonn (Vermerk: betr. Reichsbanner). Nach der Zahl der abgerechneten Beiträge errechnet sich die Anzahl der Mandate für die Bundeskongress.

Mitteilungen der Redaktion

Der Umfang unseres Blattes ist abhängig von der Zahl der bezahlten abgenommenen Stücke durch Einzelmitglieder, Ortsvereine, Stützpunkte oder Landesverbände. Die Kosten haben sich erhöht, insbesondere ist auf die demnächst zu erwartende Portoerhöhung hinzuweisen. Wir bitten dringend die Zahl der Bezieher zu erhöhen. Spenden, die ausschließlich für den Ausbau der Zeitung bestimmt sind, auch in kleinsten Beträgen, erbitten wir (mit der entsprechenden Kennzeichnung) an den Bundeskassierer zu entrichten. Wir wollen demnächst, vielleicht schon in der nächsten Nummer, den Versuch machen, in noch nicht festzulegenden Abständen eine Seite unseres Blattes der TRADITION unserer Reichsbannerarbeit in den Jahren 1924-1933 zu widmen, wobei wir meinen, daß diese Seite das besondere Interesse der älteren aber auch der jüngeren Kameraden finden wird. Eine weitere Seite (im Wechsel) soll sich ausschließlich mit der praktischen politischen und organisatorischen Arbeit des Bundes in der Tagesarbeit beschäftigen. Wir hoffen, daß dieser Versuch gelingt.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 2 - Februar 1972 - 16. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.
Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II, Tel.: (02221) 23 63 02 u. Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Müllidorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.

Kamerad, hast auch du schon ein neues Mitglied gewonnen?

Nimm, wenn es möglich ist, für einen bestimmten Zeitabschnitt vom zuständigen Ortsverein oder von der Bundeszentrale, **mindestens ein zusätzliches** Exemplar unserer Zeitung ab und gib es an einen Interessenten weiter. Das kleine finanzielle Opfer lohnt sich für uns.

- Wer Mitglied des Reichsbanners werden,
- oder seine frühere Mitgliedschaft wieder aufleben lassen will,
- wende sich an den nachstehenden Verteiler dieser Zeitung: (Stempel, Anschrift in Maschinen- oder Blockschrift)

.....
.....
.....

- oder direkt an die Bundesgeschäftsstelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 6 Frankfurt/M., Reineckstraße 7

Beitrittserklärung

Name

geb. am:

Wohnort

Wohnung

Vor 40 Jahren formierte sich die EISERNE FRONT

1932 - 1972

DAMALS hatte der Angriff keinen Erfolg.

Die Demokraten taten zwar ihre Pflicht, die großen Zauderer scheuten aber die militante Auseinandersetzung. Und so kam das bittere und entsetzliche Ende.

HEUTE gibt es zwar keinen Hitler mehr, dafür aber noch immer alte oder wieder neue und gefährliche und unverbesserliche Nazis.

HEUTE gibt es wieder eine **neue Reaktion** mit ihren Gazetten, so wie es damals Deutschnationale und eine Hugenbergpresse gab.

HEUTE gibt es Links- und Rechtsextremisten, in zahlreiche Parteien und Gruppierungen zwar zersplittert und zerstritten, aber **einig** im Kampf gegen die Demokratie.

SCHÜTZT DIE REPUBLIK vor diesen Widersachern.
KOMMT ZU UNS, zum

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund aktiver Demokraten e. V.